

Lange Laufzeiten

Tarifverhandlungen. In diesem Jahr wurde bereits in vielen wichtigen Branchen über Entgeltstrukturen und Arbeitsbedingungen verhandelt. Dabei wurden meist lange Laufzeiten zwischen 24 und 32 Monaten vereinbart, sodass sich bei den Lohnsteigerungen eine große Bandbreite ergibt.

Im ersten Quartal 2015 hatten bereits wichtige Branchen wie die M+E-Industrie, die Chemische Industrie oder der öffentliche Dienst der Länder neue Tarifverträge geschlossen (vgl. iwd 20/2015).

Inzwischen haben andere Branchen nachgezogen: Der Deutschen Bahn gelang es, mit den konkurrierenden Bahngewerkschaften fast inhaltsgleiche Tarifverträge abzuschließen (Tableau Seite 2). Nach elf

Monaten ohne tabellenwirksame Erhöhungen (Kasten Seite 2) – zu Beginn des Jahres hatte man sich lediglich auf eine Einmalzahlung geeinigt – gestand das Unternehmen der großen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG ein Plus von 3,5 Prozent zu. Im Frühjahr werden weitere 1,6 Prozent draufgesattelt.

Dieses Ergebnis übernahm einige Wochen später die GDL. Darüber hinaus setzte sie durch, dass die

Wochenarbeitszeit des Zugpersonals ab 2018 um eine Stunde verkürzt wird – bei vollem Lohnausgleich.

Weil die Bahn alle Mitarbeiter gleichbehandeln will, muss sie diese Arbeitszeitverkürzung auch der EVG in der nächsten Tarifverhandlung anbieten, die im Herbst 2016 ansteht.

In anderen Dienstleistungsbranchen fielen die Lohnzuwächse nicht so üppig aus wie bei der Bahn:

Im **Versicherungsgewerbe** steigen die Entgelte in zwei Stufen um rund 4,5 Prozent. Ähnlich sieht es in der **Wohnungs- und Immobilienwirtschaft** sowie im **Einzelhandel** aus. In diesen beiden Branchen haben die →

Tarifrunde 2015

Abgeschlossene Tarifverhandlungen mit den entsprechenden Tariflohnsteigerungen in Prozent sowie noch laufende Verhandlungen

M+E-Industrie (IG Metall)	2,7	Einzelhandel NRW (ver.di)	1,9	Deutsche Lufthansa (Vereinigung Cockpit)	offen
Chemische Industrie (IG BCE)	2,6	Deutsche Bahn (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft)	1,7	Deutsche Lufthansa (ver.di)	offen
Öffentlicher Dienst – Länder (ver.di)	2,2	Deutsche Bahn (GDL)	1,6	Deutsche Lufthansa (Unabhängige Flugbegleiter Organisation)	offen
Kommunale Krankenhäuser (Marburger Bund)	2,1	Deutsche Post (ver.di)	1,0	Kommunale Arbeitgeber Sozial- und Erziehungsdienst (ver.di)	offen
Universitätskliniken (Marburger Bund)	2,1	Deutsche Flugsicherung (Gewerkschaft der Flugsicherung)	offen		

Quelle: IW-Berechnungen

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 35

Inhalt

Steuerpolitik. Der sogenannte Umsatzsteuervorabausgleich führt bei der Umverteilung des Steueraufkommens an die Bundesländer zu teils kuriosen Ergebnissen.
Seite 3

Staatliche Investitionsfonds. Sowohl China als auch Europa wollen ihre ökonomischen Probleme mit staatlich finanzierten Programmen beheben.
Seite 4-5

Stromversorgung. Die Kombination von erneuerbaren Energien und heimischer Braunkohle hat durchaus Vorteile: Sie reduziert die Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Ausland.
Seite 6-7

Breitbandausbau. Deutschland landet bei einem internationalen Vergleich, der die durchschnittlichen Internetgeschwindigkeiten überprüft, nur im hinteren Mittelfeld.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ Sozialpartner zudem vereinbart, Verhandlungen über tarifliche Regelungen zur Gestaltung des demografischen Wandels aufzunehmen.

Bei der **Deutschen Post** stand diesmal weniger die Entgeltfrage als eine unternehmerische Entscheidung im Zentrum der Auseinandersetzung. ver.di mobilisierte zeitweise täglich mehr als 30.000 Streikende, um gegen die Auslagerung des Paketgeschäfts auf Regionalgesellschaften zu protestieren. Die Gewerkschaft kritisierte, dass diese neuen Gesellschaften nach regionalen Logistiktarifverträgen bezahlen, die geringere Entgelte als der Haustarifvertrag der Deutschen Post festlegen.

Der vierwöchige Ausstand verhinderte aber weder die Auslagerung, noch konnte ver.di im Gegenzug eine von ihr geforderte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durchsetzen. Stattdessen wurde die bestehende Beschäftigungsgarantie

bis Ende Dezember 2019 verlängert und zugesichert, die Brief- und Verbundzustellung bis Ende 2018 nicht auch noch auszulagern.

Bis zur nächsten tabellenwirksamen Erhöhung im Oktober 2016 müssen sich die Postbeschäftigten mit einer Einmalzahlung begnügen.

Auffallend bei den Neuabschlüssen sind die langen Laufzeiten von 24 bis 32 Monaten. Bei Metall und Chemie waren es nur 15 und 17 Monate. Die langen Laufzeiten sind zu begrüßen, weil so lange auch eine Friedenspflicht gilt, während der nicht gestreikt werden darf. Außerdem schafft dies Planungssicherheit für die Unternehmen.

Offen ist weiterhin der Tarifkonflikt bei der **Deutschen Lufthansa**. Sie verhandelt derzeit mit drei Gewerkschaften über Kosteneinsparungen, vor allem bei der Übergangsvorsorgung, die einen gut bezahlten vorzeitigen Eintritt in die Rente ermög-

Tariflohnsteigerung: Wie beim Vergleich gerechnet wird

Die Tariflohnsteigerung wird jeweils auf die Laufzeit des Tarifvertrags bezogen. Berücksichtigt werden dabei aber nur tabellenwirksame Erhöhungen. Das sind Lohnerhöhungen, die auch in der nächsten Tarifrunde als Basis für eine weitere Erhöhung dienen, was etwa bei Einmalzahlungen nicht der Fall ist.

Bei der Deutschen Post (Tableau) ergibt sich demnach die Lohnsteigerung aus: $(12 \times 2,0 + 4 \times 1,7) : 32 = 1,0$ Prozent. Dies entspricht nicht der effektiven Kostenbelastung für das Unternehmen, die auf Jahresbasis berechnet wird und auch Einmalzahlungen einschließt.

licht. Da sich die Tarifrunden bei der Lufthansa schon lange hinziehen, müssen die Piloten seit Frühjahr 2012 auf eine Entgelterhöhung warten. Die aufgelaufenen Forderungen liegen inzwischen bei fast 10 Prozent.

Im **Sozial- und Erziehungsdienst** hat die Gewerkschaft nach Streiks und einer gescheiterten Schlichtung angekündigt, den Ausstand im Oktober wieder aufzunehmen. Vorher will man aber verhandeln.

Durch die langen Laufzeiten und Stufenanpassungen lassen sich die Tarifabschlüsse nur schwer vergleichen. Hinzu kommt, dass qualitative Vereinbarungen, etwa zur Altersteilzeit oder zur Qualifizierung, wie sie jüngst in der M+E-Industrie geschlossen wurden, kaum quantifizierbar sind.

Ein zumindest grobes Bild bekommt man, wenn man die Tariflohnsteigerungen für die gesamte Laufzeit vergleicht. Dabei zeigt sich eine breite Spanne (Grafik Seite 1). In den Industriebranchen ergeben sich Lohnsteigerungen von 2,6 bis 2,7 Prozent, in den Dienstleistungssektoren von 1,0 bis 2,2 Prozent.

Die jüngsten Tarifabschlüsse 2015

Branche	Entgelt	Sonstiges
Deutsche Bahn (zuständige Gewerkschaft: EVG)	EZ von 1.100 Euro (davon bereits 750 Euro im Februar 2015 gezahlt); 3,5 Prozent (mindestens 80 Euro) ab Juli 2015, weitere 1,6 Prozent (mindestens 40 Euro) ab Mai 2016 Laufzeit: 26 Monate	TV für EVG-Lokführer; Vereinbarung eines TV „Arbeit 4.0“; Vereinbarung zur Überarbeitung der Arbeitszeitkonten
Deutsche Bahn (GDL)	Wie EVG Laufzeit: 27 Monate	Programm zur Reduzierung der Belastung des Zugpersonals; Verkürzung der WAZ ab Januar 2018 um eine Stunde; Abschluss eines „Bundesrahmen-TV Zug“
Deutsche Post (ver.di)	16 Nullmonate; EZ von 400 Euro im Oktober 2015; 2,0 Prozent ab Oktober 2016, weitere 1,7 Prozent ab Oktober 2017 Laufzeit: 32 Monate	TV Beschäftigungssicherung bis Dezember 2019 verlängert; Verbleib von Brief- und Verbundzustellung in der Deutschen Post AG bis Dezember 2018 garantiert
Einzelhandel NRW (ver.di)	2,5 Prozent ab August 2015, weitere 2,0 Prozent ab Mai 2016 Laufzeit: 24 Monate	(Wieder-)Aufnahme der Gespräche zur Modernisierung der Entgeltstrukturen und über einen Demografie-TV
Versicherungsgewerbe (ver.di)	Nach 5 Nullmonaten 2,4 Prozent ab September 2015, weitere 2,1 Prozent ab Oktober 2016 Laufzeit: 24 Monate	Verlängerung des Altersteilzeit-TV
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (ver.di)	2,4 Prozent (mindestens 70 Euro) ab Juli 2015, weitere 2,2 Prozent ab Juli 2016 Laufzeit: 24 Monate	Gespräche über einen Demografie-TV sollen aufgenommen werden

EZ = Einmalzahlung; TV = Tarifvertrag; WAZ = Wochenarbeitszeit
Quellen: IW-Tarifdatenbank, BDA-Tarifarchiv

Kompliziertes Geben und Nehmen

Steuerpolitik. Derzeit verhandeln Bund und Länder über eine Neuordnung des Finanzausgleichs, der Ende 2019 ausläuft. Vor allem die ostdeutschen Länder haben viel zu verlieren, denn sie profitieren von einem Verfahren, das im besten Amtsdeutsch Umsatzsteuervorabausgleich heißt – und zu kuriosen Ergebnissen führen kann.

Beim Länderfinanzausgleich werden erst die Einnahmen zwischen den Ländern umverteilt. Ist ein Land dann immer noch finanzschwach, sorgen Bundesergänzungszuweisungen für eine weitere Angleichung. Die Umverteilung besteht aber nicht nur aus dem bekannten Länderfinanzausgleich im engeren Sinne, bei dem 2014 rund 9 Milliarden Euro geflossen sind. Hinzu kommt der nahezu unbekannte Umsatzsteuervorabausgleich, der 2014 weitere 7,5 Milliarden Euro umverteilte.

Das funktioniert so: Bevor die Bundesländer ihren Anteil am Steueraufkommen erhalten, wird den vermeintlich armen Ländern bereits ein bestimmter Betrag zugeschrieben – der Rest wird dann nach Einwohnern verteilt. Ein vereinfachtes Beispiel zeigt, wozu das führen kann:

Fünf Freunde wollen 20 Euro fair aufteilen, rechnerisch bekommt also jeder 4 Euro. Da sie aber unterschiedlich viel verdienen, beschließen sie, den Ärmeren vorab etwas von dem Geld zu geben. Freund A verdient wenig und bekommt 5 Euro; Freund B verdient nur ein bisschen mehr und erhält 4 Euro; Freund C liegt knapp unter dem Durchschnitt und bekommt 1 Euro; D und E verdienen überdurchschnittlich und

Umsatzsteuervorabausgleich: Der Osten gewinnt

Bevor die Bundesländer ihren Anteil am Umsatzsteueraufkommen erhalten, wird den vermeintlich armen Ländern bereits ein bestimmter Betrag zugeschrieben – das ist der Umsatzsteuervorabausgleich. Der Rest wird nach Einwohnern verteilt.

So viel Geld bekamen die Bundesländer 2014 durch den Umsatzsteuervorabausgleich weniger bzw. mehr

	insgesamt in Millionen Euro	in Euro je Einwohner
Sachsen-Anhalt	1.390,40	621,30
Thüringen	1.316,70	610,50
Sachsen	2.374,80	587,00
Mecklenburg-Vorpommern	901,90	564,70
Brandenburg	972,80	396,90
Saarland	197,30	199,50
Niedersachsen	548,70	70,20
Schleswig-Holstein	130,90	46,40
Bremen	-3,80	-5,70
Berlin	-209,10	-60,80
Rheinland-Pfalz	-431,30	-107,80
Nordrhein-Westfalen	-2.269,40	-129,00
Baden-Württemberg	-1.687,20	-158,10
Bayern	-1.997,60	-158,10
Hessen	-958,70	-158,10
Hamburg	-276,50	-158,10

Ursprungsdaten: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 35

erhalten deshalb vorab nichts. Damit sind 10 Euro weg, von den übrigen 10 Euro bekommt jeder 2 Euro.

So weit, so gerecht, könnte man meinen, denn tatsächlich bekommen die Einkommensärmeren (A und B) mehr und die Gutverdiener (D und E) weniger von den 20 Euro als ohne den Vorabausgleich. Allerdings gibt es auch einen Gekniffenen: Freund C, dessen Einkommen leicht unter dem Durchschnitt liegt. Er bekommt zwar 1 Euro vorab und weitere 2 Euro am Ende – unter dem Strich aber verliert er 1 Euro, denn ohne den Vorabausgleich hätte er 4 Euro bekommen.

Genau das ist Nordrhein-Westfalen 2014 auch passiert (Grafik):

NRW hat 512 Millionen Euro im Umsatzsteuervorabausgleich bekom-

men – ohne dieses Verfahren wären es 2,3 Milliarden Euro mehr gewesen.

Je Einwohner hat NRW damit 129 Euro verloren – noch mehr abgeben mussten nur Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Hamburg. Die großen Gewinner dieser Umverteilung sind die ostdeutschen Länder, die je Einwohner zwischen knapp 400 und 620 Euro mehr bekommen als ohne den Vorabausgleich.

Zurück zu NRW: Zum Vorabausgleich von 512 Millionen Euro kamen rund 900 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich im engeren Sinne und 482 Millionen Euro Bundesergänzungszuweisungen, macht zusammen fast 1,9 Milliarden Euro. Offiziell war NRW 2014 damit ein Empfängerland – obwohl es 2,3 Milliarden Euro abgegeben hatte.

Holzweg statt Seidenstraße

Staatliche Investitionsfonds. Die ökonomischen Probleme in China und Europa haben unterschiedliche Ursachen, sollen aber hier wie dort durch staatliche Investitionen behoben werden. Doch die Programme sind politisch motiviert und ökonomisch fragwürdig. Beide Wirtschaftsräume sollten stattdessen lieber ihre strukturellen Probleme lösen.

Kaum hatte Jean-Claude Juncker im November vergangenen Jahres sein Amt als EU-Kommissionschef angetreten, da rief er schon den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) ins Leben. Mit einer Anschubfinanzierung von 21 Milliarden Euro will die EU in den kommenden Jahren 294 Milliarden Euro an privaten Investitionen zusätzlich mobilisieren.

Die Kommission hält ihre „Investitionsoffensive“ für nötig, weil sie im größten Wirtschaftsraum der Welt ein Marktversagen ausgemacht

hat: Obwohl viel billiges Geld zur Verfügung steht, nehmen die Unternehmen keine Kredite auf – Diagnose: exzessive Risikoaversion.

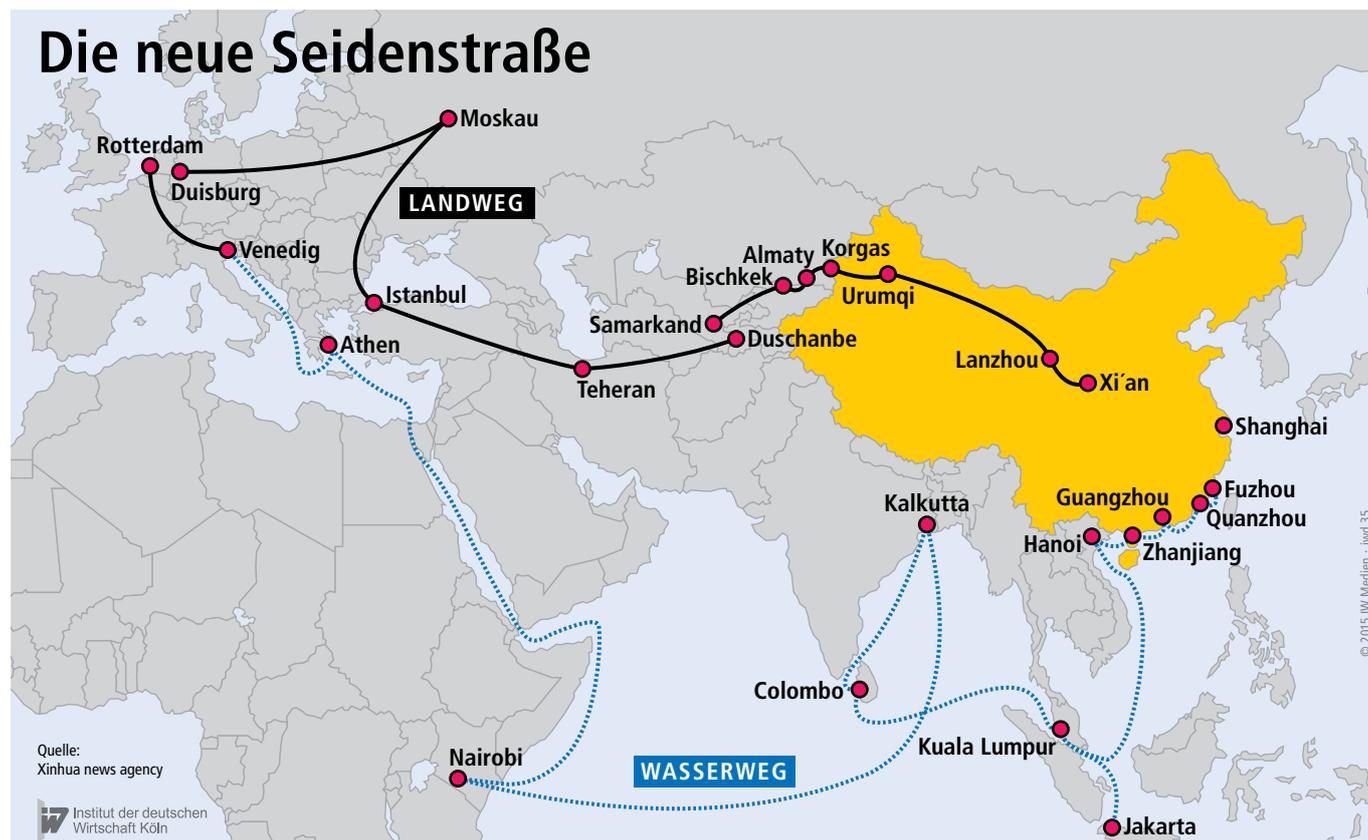
Tatsächlich halten sich die Investoren zurück, das ist jedoch kein Marktversagen, sondern der politischen Unsicherheit infolge der Staatsschulden- und Bankenkrise geschuldet, also durchaus rational.

Was den Europäern ihre Investitionszurückhaltung ist, bedeutet den Verantwortlichen in China das schwächelnde Wachstum. Das Land hat in diesen Wochen und Tagen

große Konjunktursorgen und seine Börsen spielen verrückt. Die Schwierigkeiten haben allerdings bereits früher begonnen. Als Präsident Xi Jinping Ende 2013 die Wiederbelebung der Seidenstraße ankündigte, sprach er zwar viel von der Förderung des kulturellen Austauschs und vom Frieden in der Region, tatsächlich aber steckten hinter dem Projekt schon damals auch ökonomische Nöte:

Im Jahr 2012 betrug das chinesische Wirtschaftswachstum erstmals seit einer Dekade weniger als 8 Prozent – und in den vergangenen beiden Jahren hat es sich noch weiter verlangsamt.

Staatlich finanzierte Infrastrukturprojekte sollen nun sowohl die berühmte Seidenstraße zu Lande –



über die einst Marco Polo nach China wanderte – als auch die maritime Seidenstraße wiederbeleben und dabei angeblich mehr als 60 Länder einbinden (Karte Seite 4).

Um Kandidaten wie Usbekistan, Tadjikistan und Pakistan haben Investoren bisher allerdings einen großen Bogen gemacht. Dies zeigt sich auch in den einschlägigen Indikatoren wie dem Doing-Business-Index der Weltbank – in diesem internationalen Attraktivitätsranking für Investitionen in einem Land sind diese Staaten traditionell im hinteren Drittel zu finden.

Im China-Pakistan-Korridor zum Beispiel sollen 40 Milliarden Euro in die Energieversorgung und die Transportinfrastruktur investiert werden – jedoch müssen die chinesischen Arbeiter dabei von 10.000 pakistanischen Soldaten geschützt werden, weil das afghanische Grenzgebiet als Rückzugsort für die radikalislamischen Taliban gilt.

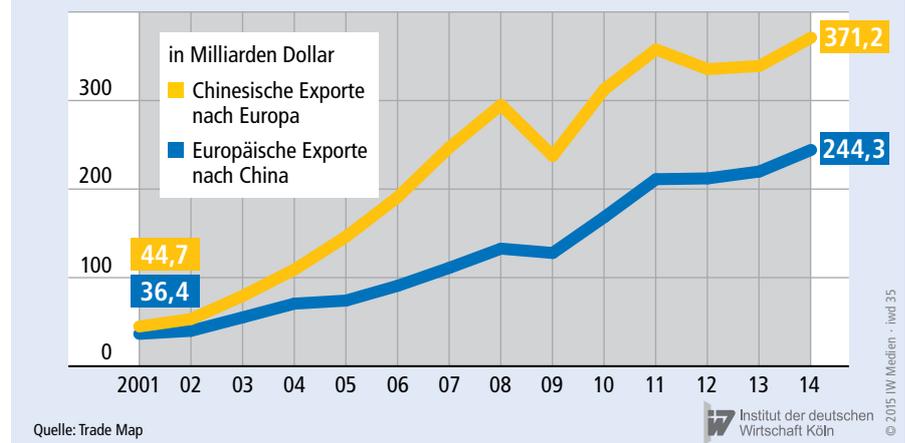
Solche widrigen Umstände scheinen China nicht zu stören. Pekings aggressive Außenpolitik der vergangenen Jahre zielt offenbar darauf ab, dem Land die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in der Region zu sichern.

Tatsächlich würde eine verbesserte Infrastruktur Richtung Westen dem Exportweltmeister einen noch besseren Zugang zum europäischen Markt verschaffen – und den ohnehin sehr dynamischen Handel zwischen der EU und China weiter befeuern (Grafik):

Seit Anfang des Jahrhunderts haben sich die chinesischen Exporte in die EU gut verachtfacht und die EU-Ausfuhren nach China versiebenfacht.

Und die politischen Ambitionen der Seidenstraßeninitiative werden deutlich, wenn man sich anschaut,

Der Handel zwischen China und der EU floriert



dass China traditionelle westliche Förderinstitutionen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds bei dem Projekt außen vor lässt. Stattdessen installiert Peking ganz neue Institutionen auf der Weltbühne: Die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) soll umgerechnet bis zu 90 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Dazu kommen 40 Milliarden Euro aus einem chinesischen Seidenstraßen-Fonds sowie 10 Milliarden Euro von der neu gegründeten New Development Bank. An ihr sind neben China auch Brasilien, Russland, Indien und Südafrika beteiligt.

Der größte Batzen aber kommt von der Chinesischen Entwicklungsbank (CDB). Sie hat angekündigt, umgerechnet mehr als 800 Milliarden Euro in 900 verschiedene Projekte zu investieren. Das heißt:

Das Volumen der chinesischen Investitionsoffensive ist mit umgerechnet 940 Milliarden Euro fast 50-mal so groß wie die Anschubfinanzierung des EU-Investitionsfonds EFSI.

Während sich die privaten Investoren hüben wie drüben aus guten Gründen zurückhalten, reicht man sich auf staatlicher Ebene gerne die Hände: Nachdem sich 14 europäische Länder – sehr zum Ärger der

USA – an der AIIB beteiligt haben, hat China erklärt, sich am EFSI beteiligen zu wollen. Am Ende der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen könnte der Abschluss eines bilateralen Investitionsabkommens zwischen der EU und China stehen, das bereits seit 2014 verhandelt wird.

Doch all das ist Zukunftsmusik. Viel wahrscheinlicher ist, dass beide Investitionsprogramme verpuffen. Denn nachhaltiges Wachstum basiert auf dezentralen Innovationsentscheidungen der Unternehmen – und lässt sich nicht verordnen.

China muss stattdessen vor allem eine Frage beantworten: Will es auf Kosten weiteren Fortschritts auch künftig die Zivilgesellschaft unterdrücken? Seinem Unternehmertum gräbt es damit das Wasser ab. Der letzte Schritt in die Riege der Weltmarktführer ist die breite gesellschaftliche Partizipation.

Und auch die Investitionszurückhaltung in Europa hat etwas mit den Institutionen und der politischen Unsicherheit zu tun. Zwar haben Krisenmechanismen wie der Rettungsschirm ESM generell für Entspannung gesorgt, inwiefern die neuen Institutionen aber wirklich greifen, muss die EU erst beweisen.

Inländische Energieträger haben Vorteile

Stromversorgung. Die Kombination von erneuerbaren Energien und heimischer Braunkohle bei der Stromerzeugung hat durchaus Vorteile. Sie reduziert die Abhängigkeit von ausländischen Energierohstoffen. In welchem Umfang, hat das IW Köln in einem Gutachten ermittelt.

Weltweit wächst der Energiehunger – das ist nicht zuletzt eine Folge der wachsenden Bevölkerung und der Industrialisierung der Entwicklungs- und Schwellenländer. In Deutschland geht der Energieverbrauch dagegen zurück, denn hier wird vergleichsweise sparsam mit Energie umgegangen.

Dennoch wird Deutschland auch in Zukunft beträchtliche Mengen an fossilen Energierohstoffen aus dem Ausland beziehen müssen – Erdöl, Erdgas und Steinkohle. Dabei konkurriert Deutschland immer stärker mit Abnehmern aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Wie es unter diesen Umständen um die Versorgungssicherheit bei

Energierohstoffen steht, haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und die IW Consult untersucht. Dazu wurde ein Energierohstoffrisikoindex für Deutschland, Frankreich, Italien, die USA, Japan und China entwickelt. Er berücksichtigt beispielsweise Importabhängigkeiten, Preisentwicklungen, politische und ökonomische Risiken in den Lieferländern sowie die langfristige Verfügbarkeit.

Das Ergebnis der Risikobewertung (Grafik):

Deutschland liegt beim gesamten Energieverbrauch in puncto Versorgungssicherheit im Mittelfeld. Öl, Erdgas und Steinkohle müssen zwar importiert werden – bei der Strom-

versorgung allerdings kann die Bundesrepublik (noch) auf heimische Braunkohle zurückgreifen. Diese stemmt derzeit gut ein Viertel der Stromerzeugung (vgl. iwd 9/2015). Deswegen ist die Bundesrepublik beim Teilindex Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern von äußeren Einflüssen ziemlich unabhängig – im Gegensatz zu anderen Ländern.

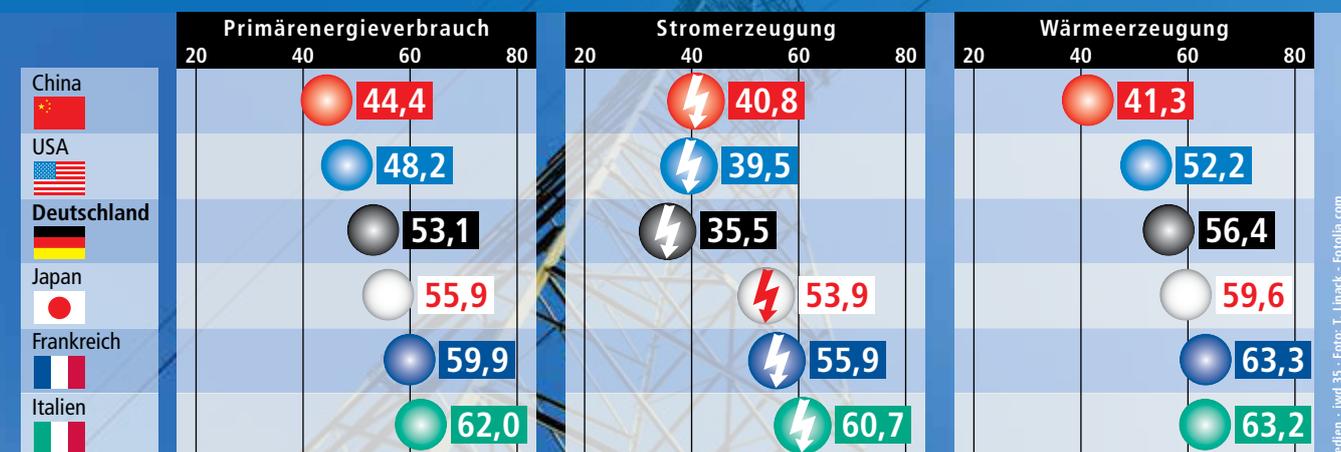
Die USA und China haben bei der Versorgung mit fossilen Energierohstoffen wegen ihrer geringen Importabhängigkeiten eine günstige Risikoeinstufung. Denn die USA verfügen über große Öl- und Gasreserven (Fracking) und China fördert im eigenen Land jede Menge Steinkohle zutage, die verstromt wird.

Italien und Japan haben bei der Versorgung mit fossilen Energierohstoffen vergleichsweise hohe Risiken. Denn der Strom kommt dort zu mehr als der Hälfte aus Erdöl- und

Stromversorgung: In Deutschland relativ sicher

Die Nutzung von heimischen Energierohstoffen sorgt für mehr Versorgungssicherheit. Die Abhängigkeit von Importen steigert dagegen das Risiko, wenn man zum Beispiel von politisch instabilen Lieferländern abhängig ist. Je höher der Index in einem Land, desto größer ist dessen Abhängigkeit von Energieimporten, von Preisrisiken und der langfristigen Verfügbarkeit.

Risikoindex für fossile Energierohstoffe: 0 = kein Risiko, 100 = hohes Risiko



Erdgaskraftwerken. Beide Energieträger sind nicht immer zuverlässig lieferbar und enormen Preisausschlägen unterworfen.

Vieles spricht also dafür, hierzulande bei der Stromerzeugung die erneuerbaren Energien mit der heimischen Braunkohle zu kombinieren und ihren Anteil am Energiemix nur behutsam herunterzufahren. Auf einer Skala von 0 (kein Risiko) bis 100 (hohes Risiko) beträgt der Risikoindex in diesem Zukunftsszenario – es bezieht nicht nur die fossilen, sondern alle Ressourcen zur Stromerzeugung ein – 19. Würde die Braunkohle durch andere Energieträger komplett ersetzt, würde der Index auf 30 steigen.

Dass der Index auch beim völligen Ausstieg aus der Braunkohle nicht über diese Marke klettert, hängt mit der politisch forcierten Stromerzeugung durch Wind- und Solarkraftwerke zusammen. Denn auch sie verbessern die Versorgungssicherheit, weil es für Wind und Sonne keine Importrisiken gibt und die Energieträger nicht erschöpfbar sind. Aber diese Form der Versorgungssicherheit wird teuer erkauft:

Umlagen wie die für erneuerbare Energien und die Ökosteuern sorgen dafür, dass Stromkunden in Deutschland 3 Cent pro Kilowattstunde mehr zahlen müssen als im europäischen Durchschnitt.

Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, haben an den höheren Strompreisen durchaus zu knabbern – diese sind zwischen 2007 und 2013 immerhin um bis zu 47 Prozent gestiegen. Das ist insbesondere für solche Unternehmen ein Problem, die stärker als andere auf den Produktionsfaktor Strom angewiesen sind wie Stahlwerke und Chemiefirmen (Kasten). Insofern ver-

Stromintensive Industrien in Deutschland schwächeln

Veränderung 2012 gegenüber 2003



Wertschöpfungstiefe: Anteil der Eigenbeteiligung bei der Güterherstellung; Investitionsquote: Bruttoinvestitionen je Euro Umsatz; stromintensive Industrien: die obersten 10 Prozent der Unternehmen mit dem höchsten Stromverbrauch je Einheit Bruttowertschöpfung; Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Forschungsdatenzentrum, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw 35 · Foto: T. Linack - Fotolia.com

Industrielle Stromverbraucher

In der heimischen Industrie stehen wenige sehr große Stromverbraucher einer Mehrheit von kleinen bis mittleren Stromverbrauchern gegenüber. Rund 75 Prozent der Firmen verbrauchen nicht mehr als 1,8 Gigawattstunden im Jahr, 90 Prozent nicht mehr als 6,6 Gigawattstunden.

Nur etwa 0,5 Prozent der deutschen Unternehmen gehören zu den absoluten Großverbrauchern und benötigen mehr als 150 Gigawattstunden. Nicht von Abgaben wie der EEG-Umlage befreit sind 96 Prozent der deutschen Industrieunternehmen – diese treffen Strompreiserhöhungen in vollem Umfang.

wundert es nicht, dass sich stromintensive Unternehmen zwischen 2003 und 2012 wirtschaftlich nicht so stark entwickelt haben wie die anderen Unternehmen (Grafik).

Die Bruttowertschöpfung von stromintensiven Unternehmen ist im vergangenen Jahrzehnt um 12 Prozent zurückgegangen – die der übrigen Unternehmen aber um knapp 20 Prozent gewachsen.

Was ist also zu tun, um auch stromintensive Unternehmen im Land zu halten? Die Industrie for-

dert vor allem mehr Planungssicherheit – die Energiewende selbst wird nicht infragegestellt. Was die Firmen nervt, sind die ständigen Gesetzesänderungen. So wird zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz alle zwei Jahre auf den Prüfstand gestellt – es wäre bereits hilfreich, wenn der Staat bis zum Jahr 2020 verlässliche Regeln garantiert.

Vgl. Studien zum Thema unter:
iwkoeln.de/versorgungssicherheit
iwkoeln.de/stromkosten

eCl@ss

Der diesjährige 5. eCl@ss-Kongress am 9. und 10. September in Köln steht ganz unter dem Motto „Connecting Companies“. Dabei geht es unter anderem um die zentrale Rolle des branchenübergreifenden Produktdatenstandards eCl@ss für die Industrie 4.0. Ein Vertreter der Carl Zeiss AG verrät Tipps und Tricks zur Implementierung und praktischen Umsetzung im Tagesgeschäft. Außerdem wird Boris Otto von der TU Dortmund/Universität St. Gallen das Datenmanagement in einer vernetzten Wirtschaft unter die Lupe nehmen.

Anmeldung und weitere Informationen: eclass-kongress.de

Neue Förderkulisse

Breitbandausbau. Mit den Erlösen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen und zusätzlichen Mitteln aus dem Bundeshaushalt stehen weitere 2,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung.

Deutschland liegt bei den verfügbaren Bandbreiten für Internetverbindungen international im hinteren Mittelfeld (Grafik). Gerade in ländlichen Gebieten hat nicht einmal ein Viertel aller Haushalte Anschlüsse mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s – der Geschwindigkeit, die politisch gewollt ist.

Um auch die für kommerzielle Anbieter wenig lukrativen Randgebiete bis 2018 zu versorgen, bedarf es einer schnellen, zielgerichteten Förderung. Doch wie könnte die aussehen?

Bayern zum Beispiel setzt auf Investitionskostenzuschüsse für Telekommunikationsunternehmen. Im Bieterverfahren erhält jene Firma

den Zuschlag, die den Vorgaben der Gemeinde bezüglich Kosten, Zukunfts- und Leistungsfähigkeit am nächsten kommt.

Baden-Württemberg fördert dagegen den kommunalen Ausbau des Kabelnetzes mit dem Ziel, es anschließend an einen Telekommunikationsanbieter zu vermieten.

Die Bundesregierung plant zwar, ihr Förderverfahren ähnlich wie das in Bayern zu gestalten. Doch welches Fördermodell für eine Kommune vorteilhafter ist, lässt sich nicht pauschal beantworten. Die Erfahrungen zeigen, dass hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse durch Investitionskostenzuschüsse in der Regel schneller und kostengünstiger bereitgestellt werden können.

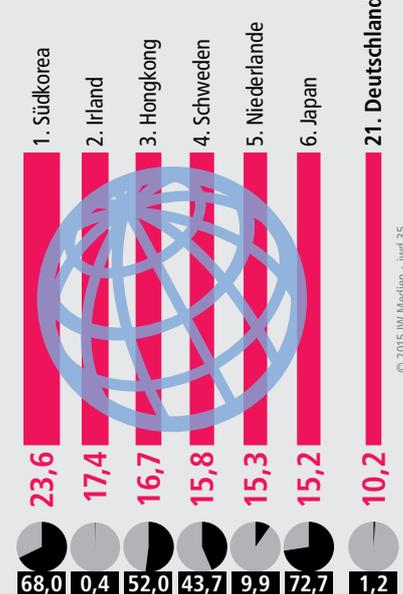
Betreibermodelle dagegen benötigen signifikantes Fachwissen der Kommunen. Qualifizierte Beratungsangebote durch einen Breitbandmanager vor Ort sind deshalb dringend notwendig. In Bayern wird dies bereits erfolgreich praktiziert.

Eine entsprechende bundesweite Weiterbildung und Einbindung der Mitarbeiter der regionalen Vermessungsämter in die Breitbandförderung wäre ebenfalls wünschenswert. Die Breitbandmanager könnten neben dem Know-how-Transfer auch die Verlegung von Leerrohren planen und koordinieren, die einen kos-

Deutschland im digitalen Abseits

■ Durchschnittliche Internetgeschwindigkeit in Mbit/s

■ Anteil der Glasfaseranschlüsse an allen Breitbandanschlüssen in Prozent



Stand: Internetgeschwindigkeit 1. Quartal 2015, Glasfaseranschlüsse 2014
Quellen: Akamai, OECD, Fiber To The Home Americas

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

tengünstigen Ausbau der Netze ermöglichen.

Ein solch evolutionärer Ansatz ist oft nötig, da den meisten Gemeinden trotz Kofinanzierung durch Bund und Länder nur ein eng begrenzter finanzieller Spielraum für den Breitbandausbau zur Verfügung steht. Deshalb rechnet es sich oft auch eher, teure Glasfaserkabel nur bis zum nächsten Verteiler zu verlegen und das schnelle Internet von dort per günstigem Kupferkabel in die Häuser zu bringen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.